

Bürger wehren sich gegen Bebauung in der Niersaue

Geneickener Initiative sammelt Unterschriften als Protest gegen Planung

Über 1100 Unterschriften konnte jetzt Wolfgang Dammers, Sprecher der Bürgerinitiative Geneicken, als Protest gegen die geplante Bebauung am Mollsbaumweg, im Bereich der heutigen Pferdewiese, der Stadtverwaltung überreichen.

Die Initiative stellt sich nicht gegen die gesamte Bebauung. Ihrer Meinung nach ist sie im nördlichen Teil durchaus angebracht. Aber der südliche Teil solle Natur bleiben. Dammers: „Mit dem Bau von Einfamilienhäusern geht der Blick in diese schöne niederrheinische Landschaft verloren“.

Im südlichen Teil stand bis vor wenigen Jahren eine Fabrik, die ursprünglich 1873 als Strangbleicherei erbaut wurde und sich zu einem bedeutendem Veredlungsbetrieb entwickelte. Nach verschiedenen Nutzungen wurden die Gebäude abgerissen. Die freigewordene Fläche wertet das Gebiet erheblich auf. Der Bereich endet an den Kleingärten westlich des Mollsbaumweg und südlich an der Geneickener Straße.

„Die Bürgerinitiative beklagt, dass mit der angestrebten Bebauung ohne Not in das Gebiet des Niersgrünzuges hinein gebaut

wird. Häuser wirken hier wie ein Fremdkörper, eine schöne Landschaft würde zerstört und bei über 50 geplanten Wohneinheiten gäbe es eine spürbare Verkehrsbelastung in unserem Stadtteil,“ so der Sprecher.



„Wir wollen dieses Gebiet nicht opfern. Im Ort gibt es genügend Lücken, die man für Neubauten nutzen kann. Im Gegenteil wünschen wir uns, dass die Niers wieder in ihr historisches Bett zurück verlegt wird, nachdem sie

seit Ende der 1960er Jahre unterirdisch in Rohren verläuft!“ Wolfgang Dammers: „Anwohner und Spaziergänger sind entrüstet und verstehen das Vorhaben der Stadt nicht, vor allem, weil damit auch das gerade erst vollendete Naherholungsgebiet am Niersrückhaltebecken massiv beeinträchtigt würde“.

Bei einer öffentlichen Anhörung im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung waren jüngst viele interessierte Bürger ins Rheydter Rathaus gekommen, um ihre Einwände gegen die Planungen vorzubringen. „Leider wurde von der Verwaltung zu wenig Zeit eingeräumt, alle kritischen Fragen zu beantworten, so dass einige Widersprüche und Kritik nicht zum Zuge kamen“, berichtet der Sprecher der Bürgerinitiative. „Wichtig war uns dann unseren Protest am Ende mit über 1100 Unterschriften zu dokumentieren“.